



Fraktion der Bürgerbewegung pro NRW im Rat der Stadt Leverkusen

pro NRW – Humboldtstr. 2a – 51379 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Haus-Vorster-Str. 8
51379 Leverkusen

per Fax 02 14 - 406 88 82

Manfred Rouhs

Telefon: 0 21 71 / 39 49 639

Telefax: 0 21 71 / 39 58 711

fraktion@pro-nrw.net

23.10.2009

**Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am 26.10.2009
Änderungsantrag zu TOP 31, Zuwendungen nach § 56 GO NRW**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro NRW bitten Sie, den folgenden Änderungsantrag zu TOP 31, Zuwendungen nach § 56 GO NRW, in die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am 26.10.2009 aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Leverkusen möge beschließen:

a) Der Beschluß des Rates vom 13.12.2004 zur Bemessung der Zuwendungen der Stadtverwaltung an die Fraktionen (Vorlage Nr. R 91/16.TA) gemäß § 56 Abs. 3 GO NRW wird derart geändert, daß

- 1.) die Geldleistungen der Stadt Leverkusen an Fraktionen mit drei Mitgliedern monatlich von 5.000,-- Euro auf 3.500,-- Euro gesenkt werden;
- 2.) die Pauschale für jedes weitere Fraktionsmitglied von 500,-- Euro auf 250,-- Euro gesenkt wird.

b) Fraktions- und gruppenlose Einzelmitglieder des Rates erhalten nicht die maximal möglichen finanziellen Zuwendungen nach § 56 Abs. 3 Satz 5 GO NRW, sondern

Zuwendungen an der unteren Bemessungsgrenze des § 56 Abs. 3 Satz 5 GO NRW, die der derzeitigen Haushaltslage der Stadt Leverkusen entsprechen.

Begründung:

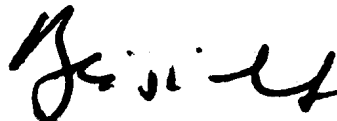
Während die Stadt Leverkusen finanziell handlungsunfähig ist, bläht sich der politische Apparat immer weiter auf. Die alten politischen Kräfte wollen sich selbst in der neuen Ratsperiode auf Kosten des Steuerzahlers Zuwendungen genehmigen, die es in der jetzt zur Beschlußfassung vorgelegten Höhe seit 1949 in Leverkusen noch nie gegeben hat. Sie lassen für das Erfordernis einer sparsamen Haushaltsführung jedes Augenmaß, ja sogar jegliches Taktgefühl vermissen.

Der großen Zahl von ALG-II-Beziehern in Leverkusen, die sprichwörtlich von der Hand in den Mund leben, ist eine Erhöhung der Politikerbezüge um insgesamt mehr als 20 Prozent mit Beginn der neuen Ratsperiode nicht vermittelbar.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Rouhs
- Geschäftsführer -



Markus Beisicht
- Vorsitzender -